

→ **APPELL**

EU-Sofortprogramm gegen die fossile Importkrise: Der Weg in eine nachhaltige und unabhängige Zukunft

Vorschläge der deutschen Umwelt- und Klimaorganisationen

Das fossile Wirtschaftsmodell steckt in einer tiefen Krise und bedroht unseren europäischen Wohlstand fundamental. Fossile Import-Abhängigkeit macht die EU geopolitisch verwundbar und liefert Menschen und Wirtschaft plötzlichen Preisschocks aus, während die fossilen Konzerne profitieren. Wir schlagen den Spitzen der EU-Mitgliedstaaten vor, folgende Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die Europas fossile Abhängigkeit beenden, den Klima- und Naturschutz voranbringen und dabei sozialen Ausgleich schaffen. Das stärkt Europas Position in der Welt, sichert unseren Lebensstandard und hilft bei der Erneuerung unserer Wirtschaft:

- **Booster für Elektrifizierung:** Elektrifizierung durch erneuerbare Energien macht Europa unabhängiger und krisenfester. Der Aktionsplan zur Elektrifizierung sollte ohne weitere Verzögerung vorgelegt werden und konkrete Ziele für Elektrifizierung im Verkehr, Gebäudewärme und Industrie vorgeben. Die EU braucht finanzielle und regulatorische Booster für Wärmepumpen, günstige E-Mobilität, erneuerbare Kraftstoffe (RFNBOs) für Luft- und Seefahrt sowie die Verlagerung von Verkehr auf die Schiene. Das europäische Netzpaket, insbesondere die gemeinsame Energieplanung, muss zügig beschlossen werden, um die Netzinfrastruktur für diesen Umstieg fit zu machen – Nachbesserungen sind dabei nötig, um die Naturverträglichkeit sicherzustellen.
- **Fossile Übergewinnsteuer einführen:** Die Spitzen der EU-Mitgliedstaaten sollten sich für eine Solidaritätsabgabe auf alle Übergewinne der fossilen Krisenprofiteure aussprechen. Die Einnahmen sollten für soziale und ökologische Zwecke verwendet werden, beispielsweise für gezielte Unterstützung bedürftiger Haushalte und Investitionen in Energieeffizienz, erneuerbare Energien und strombasierte Technologien sowie die zügige und deutliche Reduzierung fossiler Abhängigkeiten in der Landwirtschaft.
- **Kein Zurück beim Verbrenner-Aus – mehr Kapazität auf der Schiene:** Der Vorschlag zum Aufweichen des faktischen Verbrenner-Aus muss vom Tisch, um Auto-Herstellern Planungssicherheit zu geben und ein klares Signal zur Befreiung von der Ölabhängigkeit zu setzen. Nur mit einem vollständigen Antriebswechsel und der Verlagerung vom Personen- und Güterverkehr auf die Schiene kann sich Europa unabhängig von fossilen Importen machen.
- **EU-Haushalt muss fossiler Importkrise Rechnung tragen:** Nach Vorschlag der EU-Kommission wird im kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen weniger Geld für Klima- und Naturschutz ausgegeben als aktuell. Damit wird der Ausstieg aus fossilen Abhängigkeiten gebremst und Klimaschutz sowie -anpassung geschwächt. Die europäischen Regierungen und das EU-Parlament sind gefordert, das zu korrigieren. Fossile Subventionen müssen schnellstmöglich beendet werden.

- **Eine zukunftsfähige Industrie durch Stabilität und Kontinuität bei der europäischen CO₂-Bepreisung:** Die energieintensive Industrie kann ihre derzeitige Krise nur durch Investitionen in zukunftsfähige, post-fossile Geschäftsmodelle überwinden. Dafür braucht es in erster Linie einen wirksamen Emissionshandel I mit verlässlichem Reduktionspfad und steuerndem Preissignal. Abschwächungen, insbesondere die überstürzten Vorschläge zur Anpassung der Marktstabilitätsreserve, würden dieser Verlässlichkeit maßgeblich entgegenwirken. Ergänzend müssen Anreize gesetzt werden, die Investitionen jetzt ermöglichen, etwa durch direkte Investitionshilfen und die Nachfrage durch grüne Leitmärkte.

- **Landwirtschaft unabhängig von fossiler Energie machen:** Politische Maßnahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2027 und des Düngerechts müssen auf die effektive Minderung von synthetischen Stickstoffdüngern sowie die Verbesserung der Stickstoffeffizienz ausgelegt sein. In die Diskussion eingebrachte dezentrale Ansätze wie die Erzeugung von Stickstoffdüngern durch erneuerbare Energien könnten einen Beitrag zur Unabhängigkeit leisten, dürfen aber die generelle Minderung aufgrund von ökologischen Herausforderungen nicht verhindern. Zu fördern sind vor allem Anbausysteme wie der Ökolandbau, die auf rundum resiliente Kreisläufe setzen.

Unter Mitwirkung von:



21. April 2026

Kontakt und Rückfragen

Deutscher Naturschutzring

Elena Hofmann, Koordinatorin für EU-Politik, T +49 (0) 30 678 1775 79, elena.hofmann@dnr.de

Klima-Allianz Deutschland

Christiane Hildebrandt, Referentin Europäische Klimapolitik, T +49 (0) 30 780 899 523, christiane.hildebrandt@klima-allianz.de

Transport & Environment Deutschland

Sebastian Bock, Geschäftsführer, T +49 (0) 173 866 7167, sebastian.bock@transportenvironment.org

BUND

Tina Löffelsend, Abteilungsleitung Klimaschutz, T +49 (0) 176 200 67 099, tina.loeffelsend@bund.net

Deutsche Umwelthilfe

Julian Schwartzkopff, Teamleitung Gas-Ausstieg, T +49 (0) 30 240 0867 963, schwartzkopff@duh.de

Euronatur

Gabriel Schwaderer, Geschäftsführer, T +49 (0) 7732 927 20, gabriel.schwaderer@euronatur.org

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft

Florian Zerzawy, Leiter Energie- und Agrarpolitik, T +49 (0) 30 762 3991 54, florian.zerzawy@foes.de

Germanwatch

Charly Heberer, Koordinator EU-Klimapolitik, T +49 (0) 30 577 1328 18, charly.heberer@germanwatch.org

NABU

Pauline Schur, Teamleitung Klima & Verkehr, T +49 (0) 30 284 984 1873, pauline.schur@nabu.de

WWF Deutschland

Viviane Raddatz, Fachbereichsleiterin Klimaschutz und Energiepolitik, T +49 (0) 30 311 777 236, viviane.raddatz@wwf.de

Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V., Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen, Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, info@dnr.de, T +49 (0) 30 / 678 1775 70, www.dnr.de